

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. Dezember 1950.

163/A.B.
zu 169/7

Anfragebeantwortung.

Auf eine Anfrage der Abg. Neuwirth und Genossen, betreffend Abbaumassnahmen in den VÖEST-Werken in Linz, teilt Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunner mit:

Nach dem mir zugekommenen Bericht der Leitung der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke A.G. plant diese seit längerem eine Personaleinschränkung als unerlässliche Voraussetzung für eine wirtschaftliche Führung des Unternehmens.

Obwohl der Abbau betriebsbedingt und eine unerlässliche Voraussetzung für eine wirtschaftliche Betriebsführung ist und bereits die ersten Etappen seiner Durchführung messbare finanzielle Erfolge für das Unternehmen zeitigten, habe ich aus sozialen Erwägungen eingegriffen und eine Herabsetzung der ursprünglich geplanten Personalverminderung von 1000 auf 361 Betriebsangehörige, davon 327 Arbeiter und 34 Angestellte, veranlasst.

Von diesen 361 Ausscheidungen aus dem Dienst erfolgten 112 durch Ablauf des befristeten Dienstverhältnisses, durch freiwilligen Austritt und durch einvernehmliche Lösung des Dienstverhältnisses. Bei den restlichen 249 Abbaufällen erfolgte in 158 Fällen ein Widerspruch seitens des Betriebsrates gemäss § 25 Abs. 3 des Betriebsrätegesetzes. Beim Einigungsamt wurden hievon 76 Fälle durch Einspruch anhängig gemacht und sind derzeit noch in Schweben.

Die durch den Abbau erfolgte Personalverminderung beträgt insgesamt, bezogen auf den Personalstand am 1. Oktober 1950: auf dem Arbeitersektor 3,6 %, auf dem Angestelltensektor 2,2 %.

Wenngleich noch in einigen Werksabteilungen eine Überbesetzung besteht und ausserdem in einigen Fällen ein Austausch minderqualifizierter gegen höherqualifizierte Arbeitskräfte von der Leitung des Unternehmens als wünschenswert angesehen wird, habe ich, um weitere Kündigungen zu vermeiden, veranlasst, dass die seit längerer Zeit bestehende Aufnahmesperre für Arbeiter und Angestellte aufrecht bleibt. Der noch vorhandene Personalüberschuss wird durch innerbetriebliche Umbesetzungen zu beseitigen versucht werden. Eine weitere Senkung des Personalstandes wird lediglich auf den natürlichen Abgang beschränkt bleiben.